

DIE GRÜNEN

Bündnis 90

W a h l p l a t t f o r m

Präambel

Zu den gesamtdeutschen Wahlen haben sich Bürger- und Bürgerinnenbewegungen bzw. soziale Bewegungen aus der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zu einer gemeinsamen Wahlplattform zusammengefunden.

DEMOKRATIE JETZT, Grüne Partei der DDR, Initiative Frieden und Menschenrechte, NEUES FORUM, Unabhängiger Frauenverband und Vereinigte Linke schließen mit den GRÜNEN/ BRD ein Bündnis. Aus den Erfahrungen unserer Opposition gegen die Einparteienherrschaft in der DDR bzw. gegen die wirtschaftlich verfilzte Parteiendemokratie in der BRD wollen wir uns zu einer starken Alternative zusammenschließen. Wir werden die Identität der beteiligten Organisationen achten und auf der Grundlage der jeweiligen Programme zusammenarbeiten.

Die Bürger- und Bürgerinnenbewegung der DDR gab den Anstoß für die friedliche Revolution, deren basisdemokratische Erfahrungen sie in der neuen deutschen Republik fruchtbar machen will. Auch DIE GRÜNEN der BRD sind aus Basisinitiativen für den Schutz der Umwelt, aus dem Anti-AKW-Widerstand, der Friedensbewegung, der Frauenbewegung und der Dritten Welt-Arbeit entstanden.

Gemeinsam wollen wir in die parlamentarische Verantwortung einbringen, wovor die herkömmlichen Parteien in Ost und West aus Machtkalkül die Augen verschließen: Die Menschheit befindet sich in einer Fehlentwicklung, die gekennzeichnet ist durch vermeintlichen technischen Fortschritt, materiellen Lebensanspruch und selbst zerstörerischen Raubbau und Gewalt an Natur und Menschen im Zuge des herrschenden Weltmarktssystems. Es geht darum, eine neue Vorstellung von „Lebensqualität“, bei der menschliche Werte über materielle dominieren, zu entwickeln.

Uns ist gemeinsam, daß wir für eine solidarische und ökologische, radikaldemokratische und gerechte, emanzipatorische und feministische, gewaltfreie und multikulturelle Gesellschaft streiten wollen. Genauso wie wir parlamentarisch versuchen werden, Mehrheiten für unsere Ziele zu erreichen, sind Demonstrationen, Sitzblockaden und phantasievolle außerparlamentarische Aktivitäten zentrale Elemente des Sich-Einmischens.

Die grün-bunte Alternative zu „Deutschland, Deutschland über alles“ ist notwendig:

Entgegen dem Anspruch der Mehrheit der Bürger und Bürgerinnen in Ost und West und auch unseres Anspruchs, die Vereinigung als wechselseitigen Reformprozeß gleichberechtigter Partner zu gestalten, sind das Nieder Konkurrieren von DDR-Betrieben, der Ausverkauf von Grund und Boden an Westunternehmer, eine überstürzte Währungsreform, undemokratisch durchgedrückte Staatsverträge die Zeichen des Anschlusses. DDR-Bürger und Bürgerinnen sind erstmalig mit Massenerwerbslosigkeit und zunehmendem Verlust von sozialer Absicherung, wie z.B. dem Abbau von Kinderbetreuungseinrichtungen konfrontiert.

In der Bundesrepublik wird mit Verweis auf die Kosten der Vereinigung der Abbau von Arbeitnehmerrechten propagiert. Ökologie wird seit den Tagen des Anschlusses wieder ganz klein geschrieben.

Wachstum, Wachstum über alles! heißt es nun wieder in der DDR, diesmal nicht unter kommandowirtschaftlichen Vorzeichen, sondern unter profitwirtschaftlichen: Blechlawinen, Giftmüllberge, todsichere Atomkraft, Raubbau an der Natur. Dieses Wachstumsbündnis wird einige reich machen, einige mehr profitieren und die Schere zwischen arm und reich größer werden lassen, hier bei uns und gegenüber den Ländern der sogenannten Dritten Welt.

Worum es bei dieser Wahl geht: Kohl abwählen!

Im Dezember 1990 wird darüber entschieden, ob das vereinigte Deutschland sich als wahrhaft demokratischer Staat ökologisch, gewaltfrei und friedlich auf den Weg in ein geeintes Europa macht, oder ob die CDU/CSU mit Kohl an der Spitze ihre nationalstaatliche, wachstumsbesessene und unsoziale Politik fortsetzen kann.

Vor dem November 1989 befand sich die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP in einer ernsten Krise. Nach einer kurzen Zwischenphase lebendiger Demokratie in der DDR - Runde Tische, Bürgerinnenkomitees, Auflösung der Stasi - begann die Bundesregierung mit der DM-Offerte eine Politik des Anschlusses. Die neue Regierungskoalition in der DDR nahm es hin, daß die Politik nun in Bonn gemacht wurde und die Bundesregierung die Bedingungen diktierte. Eigentums- und Vermögensrechte der DDR-Bevölkerung wurden durch den 1. Staatsvertrag einer fremden Souveränität unterstellt. Gegen den Rat vieler Fachleute wurde den DDR-Betrieben in Industrie und Landwirtschaft die Chance der Umstellung auf die Marktwirtschaft unter dem Schutz einer eigenen, vernünftig bewerteten konvertiblen Währung nicht gelassen. Sie wurden im Juli als Nichtschwimmer ins kalte Wasser der Weltmarktkonkurrenz gestoßen. Viele von ihnen werden ertrinken.

Diese Anwendung ökonomischer Gewalt hat die Länder der DDR in eine tiefe wirtschaftliche und soziale Krise geführt und den größeren Teil der DDR-Bevölkerung eher von der BRD entfremdet als ihr nähergebracht.

Die DDR war bereits durch den „real existierenden Sozialismus“ ökologisch schwer angeschlagen. Nun werden - wie voraussehbar - sämtliche ökologischen Fehlentwicklungen der westlichen Konsumgesellschaft durch die bisherige Mangelwirtschaft ungebremst übernommen: vom forcierten Ausbau des Autoverkehrs bis hin zur massiven Zunahme der Müllproduktion.

Die SPD hat ihre oppositionelle Kraft spätestens verloren, seit sie als gesamtdeutsche Partei agiert. Einmal mehr setzten sich diejenigen in der SPD durch, die vorrangig partei- und wahltaktisch handelten: Sie schwammen auf der deutschnationalen Welle mit und wetteiferten mit der CDU, wer den Anschluß der DDR am schnellsten herbeiführen würde. Die SPD trat wie die Bundesregierung für die NATO-Integration des vereinigten Deutschland ein. Keine der Bedingungen, an die insbesondere die DDR-SPD dies ursprünglich geknüpft hatte, wurde von der NATO erfüllt. Die SPD stimmte dem Staatsvertrag über die Währungsunion zu. Mit billigen Wahlrechtsschiebereien versuchte die SPD, kleinere Parteien und die Bürgerbewegungen aus dem Bundestag herauszuhalten, um selber oppositionelle Stimmen zu bekommen.

Damit wurde der DDR die Chance für eine eigenständige, selbstbestimmte Entwicklung genommen. Kohls Politik war ausgerichtet auf Machterhalt und Machterwerb in ganz Deutschland. Die Vereinigung von BRD und DDR wurde zum Vehikel einer selbstsüchtigen Machtpolitik der Bundesregierung. In diesem Fahrwasser segelte die SPD beständig hinterher. Statt der angekündigten „deutschen Einigung, eingebettet in die europäische Einigung“, betrieb die Bundesregierung eine Politik des nationalen Alleingangs und der vollendeten Tatsachen. Statt den Zusammenbruch des „Ostblocks“ auch als Chance zur Überwindung des eigenen Militärblocks zu begreifen, setzte die Bundesregierung von vornherein auf die Erweiterung der NATO um die DDR und auf die Integration einer gesamtdeutschen Bundeswehr in die NATO. Ziel dieser Bundesregierung ist nicht ein europäisches Deutschland, sondern ein von Deutschland ökonomisch dominiertes Europa. In einem solchen Europa blieben die osteuropäischen Staaten als Bettler vor der Tür.

Die PDS versucht sich heute als die Interessenvertretung der sozial Schwachen und derjenigen zu profilieren, die bei der Währungsunion den Kürzeren gezogen haben. Sie steht aber als Nachfolgerin der SED in der besonderen Pflicht, deren entscheidende Rolle bei der Entwicklung der DDR zu einem despotischen Staat anzuerkennen und deutlich zu machen. Es gibt in der PDS sowohl Kräfte, die sich die

Aufarbeitung der Geschichte der SED und eine Demokratisierung der Partei zur Aufgabe gemacht haben, als auch solche, die in der ungebrochenen Tradition stalinistischer Machtpolitik stehen. Der Beweis, daß sie eine neue Partei ist und ihre Verantwortung für den „real existierenden Sozialismus“ mit Diktatur von Partei und Stasi und dem systematischen ökologischen und ökonomischen Niedergang der DDR wirklich aufgearbeitet hat, steht aus. Wir halten die PDS als politische Organisation nicht für eine glaubwürdige Opposition.

Jede Stimme für uns ist eine Stimme gegen Kohl und gegen Große Koalition. Es ist auch eine Stimme gegen die im Schnellverfahren gewendeten Blockparteien der DDR, die unter Mitnahme ihres Parteivermögens in eine neue Rolle schlüpfen.

Unser Ziel für die Bundestagswahl heißt: Kohl abwählen! Die SPD muß sich jetzt entscheiden: Entweder sie trägt in einer de facto Großen Koalition die Politik dieser Bundesregierung mit - dann wird diese Bundesregierung die Wahl gewinnen, denn das Original ist allemal besser als die Kopie. Oder sie will eine echte Alternative zur Politik dieser Bundesregierung und dafür um Mehrheiten kämpfen. Die Chancen für die zweite Möglichkeiten steigen um so mehr, je stärker das Bündnis der GRÜNEN und der Bürgerinnenbewegungen ist. Wer den Wechsel will, muß unser Bündnis wählen.

Das wollen wir im gesamtdeutschen Parlament durchsetzen:

Ökologie

Im Wissen um die Grenzen des Wachstums im begrenzten System Erde treten wir für eine Gesellschaft ein, in der ökologische Grundsätze vor ökonomische Interessen gesetzt werden. Diese Umkehrung ist eine Frage des Überlebens. Die Anhebung des materiellen Wohlstands und die Ablösung der bisherigen DDR-Mangelwirtschaft führen nicht automatisch zur Verminderung des ökologischen Notstands. Ökologische Politik muß eine Absage an eine Wirtschaft der Ausbeutung und des Raubbaus an Naturgütern und Rohstoffen sein. Sie wendet sich damit gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur, die sowohl innerhalb profitorientierter Wirtschaft wie in den real existierenden Kommandowirtschaften betrieben wird. Der Mensch muß sich als verantwortlicher Teil der Natur begreifen.

Wir sind daher für ein Wirtschaftssystem, das sich an den Lebensbedürfnissen der Menschen und zukünftigen Generationen, an der Erhaltung der Natur und am sparsamen Umgang mit den natürlichen Reichtümern orientiert.

Noch ist Zeit, die drohende ökologische Katastrophe mit demokratischen Mitteln zu verhindern. Wir streiten deshalb für einen gesellschaftlichen Konsens, der Staat, Wirtschaft und die Individuen in gleicher Weise verpflichtet. Kurzfristig setzen wir uns im Sinne des Verursacherprinzips dafür ein:

- Stopp des Müllexports und der Müllverbrennung und die umgehende Erarbeitung und Umsetzung von regionalen und überregionalen Müllvermeidungskonzeptionen;
- die Erfassung und Sanierung vorhandener Deponien und die Beseitigung von wilden Müllkippen unter besonderer Berücksichtigung von Landschafts-, Natur- und Trinkwasserschutzgebieten;
- die Sanierung von Gewässern;
- eine öffentliche Bestandsaufnahme des Ver- und Gebrauchs sowie des Zustands von Luft, Boden und Wasser. Für den Ausweis eines Ökosozialprodukts anstelle des üblichen Bruttosozialprodukts, um so den Verlust an Umweltqualität zu erfassen;
- daß durch Gebote (steuerliche Instrumente/Einbeziehung des Faktors Natur in die Produktionskosten) und Verbote in die Produktion im Sinne des ökologischen Umbaus eingegriffen wird.

Weil die drohende Klimakatastrophe zum drängendsten Problem der nächsten Jahre werden wird, sind folgende Maßnahmen unverzichtbar:

- sofortiger Stopp von Produktion und Einsatz von FCKWs;
- eine internationale Klimakonvention, in der CO²-Reduktionsraten verbindlich festgeschrieben werden und den Belangen der sogenannten Dritten Welt Rechnung getragen wird;
- eine KSZE-Charta über den Umweltschutz, in der die Staaten rechtsverbindlich verpflichtet werden, Wasser, Luft und Boden in sauberem Zustand als Menschenrecht zu garantieren;
- Mitspracherecht der Kommunen in den bisherigen Energieverbänden;
- die Erstellung von Energiesparkonzepten und deren schnellstmögliche Umsetzung vor allem im Produktionsbereich und die zügige Umstellung auf eine dezentrale Energieversorgung auf regenerativer Basis;
- sofortige Stilllegung aller Atomanlagen ohne sie durch Braunkohlekraftwerke zu ersetzen;

- eine ökologische Verkehrswende, die umfassend öffentliche Nah- und Fernverkehrssysteme ausbaut.

Weil ökologische Politik für eine Respektierung der natürlichen Lebensgrundlagen steht, muß sie auf lange Sicht mehr leisten als fortlaufende Umweltreparaturpolitik. Letztere setzt nur auf jeden Schornstein einen Filter, hinter jede Giftküche eine Kläranlage, vor jeden Auspuff einen Katalysator und auf jede Landschaftsbetonierung eine Feigenblattbegrünung. Umweltreparaturpolitik setzt Umweltzerstörung voraus.

Wir setzen auf eine Politik, die die Verseuchung von Boden, Wasser und Luft stoppt. Ökologische Politik setzt an den Wurzeln, an der Giftenstehung, an der Produktion an, fordert sofortige Stilllegung lebensfeindlicher Produktionsstätten wie z.B. Atomanlagen. Technokratische Umweltreparaturmaßnahmen verlangsamen nur die Zerstörung der Natur.

Wenn wir überleben wollen, und nicht zynisch gegenüber den Menschen der Dritten Welt sind, können und dürfen wir es nicht mehr zulassen, daß im Interesse eines ausbeuterischen Wohlstands und der Profitmaximierung weniger weltweit operierender Großkonzerne die „Dritten Welt“ mit Müll verseucht wird, Rohstoffe und Menschen verbraucht werden und Regenwälder zerstört werden. Wirklich ökologische und soziale Politik, die nicht auf Armut, Unterdrückung und Naturzerstörung in den „Hinterhöfen“ der Machtzentren basiert, setzt eine grundsätzliche Veränderung des herrschenden Wirtschaftssystems voraus.

Frieden und Gewaltfreiheit

Wir stehen für das Prinzip der Gewaltfreiheit bei der Bewältigung jeglicher Konflikte, also auch in der Politik. Gewalt ist kein Argument und kann nicht überzeugen, sondern nur zwingen. Eine gewaltfreie Gesellschaft verzichtet auf Unterdrückung, strukturelle, individuelle und ökonomische Gewalt. Dieses gilt in bezug auf unterschiedliche Gruppen, Völker und Volksgruppen. Gewaltfreiheit bedeutet nicht passives Ertragen. Aktive Gewaltfreiheit bedeutet vielmehr, daß zur Verteidigung lebenserhaltender Interessen von Menschen gegenüber einer sich verselbständigenden Herrschaftsordnung aktionsreicher Widerstand gegen staatliche Maßnahmen nicht nur legitim, sondern auch erforderlich sein kann.

Die vollständige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands ist die notwendige Konsequenz aus der deutschen Geschichte. Sie ist die für Europa verträglichste Antwort auf die grundlegende Veränderung der politischen Strukturen in Europa und den deutschen Vereinigungsprozeß. Eine immer größere Zahl von Menschen befürwortet radikale Abrüstungsschritte. Es gibt keine „Feinde“, gegen die „wir“ uns verteidigen müssen. Es geht nicht um eine neue Rechtfertigung für das Militär, sondern um seine Abschaffung. Gegen wen sollen uns denn die 370.000 Soldaten der künftigen gesamtdeutschen Bundeswehr eigentlich schützen? Die eigentlichen Bedrohungen der Menschheit sind die ökologische Krise und die Zuspitzung des Nord-Süd-Konflikts - dagegen helfen keine Armeen, sondern nur eine neue Politik. Wir machen daher die völlige Entmilitarisierung Deutschlands zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit im gesamtdeutschen Parlament.

Sie kann in mehreren Schritten erfolgen, die in internationalen Vereinbarungen völkerrechtlich fixiert werden sollen. Dazu müssen offensive Militärdoktrinen sowie Massenvernichtungswaffen und offensive militärische Systeme abgebaut werden sowie die Truppen auf das Niveau struktureller Nichtangriffsfähigkeit reduziert und umstrukturiert werden. Zur Konfliktbewältigung müssen völkerrechtlich verbindliche Institutionen geschaffen werden. Am Ende dieses Prozesses stehen die Auflösung der Militärblöcke und der Armeen.

Die NATO und die gegenwärtige Bundesregierung und inzwischen auch wieder die DDR-Regierung praktizieren jedoch ungebrochen „altes Denken“. Die faktische Auflösung des Warschauer Vertrags macht die Auflösung der NATO zwingend notwendig. Stattdessen betreibt die Bundesregierung die Integration der DDR bzw. des vereinigten Deutschland in die NATO. Nicht nur der Warschauer Pakt, sondern auch die NATO ist ein Militärblock aus der Zeit des Kalten Krieges und hat im „gemeinsamen Haus Europa“ keinen Platz mehr.

Die NATO betreibt mehr und mehr auch die Absicherung ökonomischer Interessen der EG und der USA, um deren „vitale“ Ausbeutungsinteressen in den Ländern der „Driften Welt“ durchzusetzen. Wir lehnen auch eine Militarisierung der EG ab: Keine neue Supermacht Westeuropa! Die Auflösung der europäischen Nachkriegsordnung muß so rasch wie möglich in die Schaffung einer gesamteuropäischen Friedensordnung auf der Basis der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) unter Einschluß aller europäischer Staaten inklusive der Sowjetunion, der USA und Kanadas münden.

Die Souveränität der Nationalstaaten muß abgebaut werden durch supranationale Integration im Rahmen der KSZE. Gleichzeitig sollten die Nationalstaaten dezentralisiert werden zugunsten eines Europa der Regionen. Der Zusammenbruch der Nachkriegsordnung darf nicht dazu führen, daß Nationalismus und Rassismus zu Bestandteilen staatlicher Politik werden. Dies hat mehrmals in diesem Jahrhundert Leid über Europa und die Weh gebracht.

Nach dem Ende des Kalten Krieges muß jetzt drastisch abgerüstet und nicht neue Bedrohungen geschaffen werden. Wir setzen uns daher im Bundestag für folgende Ziele ein:

- Deutschland ABC-waffenfrei: Abzug nicht nur der sowjetischen Atomwaffen, sondern auch der amerikanischen und britischen. Keine neue NATO-Nachrüstung mit flugzeuggestützten Abstandsraketen. Beseitigung der Nuklearfähigkeit der Bundeswehr. Keine Neustationierung binärer Chemiewaffen. Aufnahme des ABC-Waffen-Verzichts in die gesamtdeutsche Verfassung;
- Abschaffung nicht nur der NVA, sondern auch der Bundeswehr: Stopp aller Neubeschaffungen, Abschaffung der Wehrpflicht, sofortiger Manöverstop, Beendigung der Diskriminierung von Kriegsdienstverweigerern und der Bestrafung von Totalverweigerern;
- vollständiger Abzug nicht nur der sowjetischen Truppen, sondern auch der amerikanischen, britischen, französischen, niederländischen, belgischen und kanadischen Truppen;
- Umwandlung des Rüstungshaushalts in einen Konversionshaushalt für bislang von Rüstung und Militär abhängige Regionen und Industriebranchen;
- sofortiges Verbot aller Rüstungsexporte. Schluß mit der Unterstützung diktatorischer Regime in der „Dritten Welt“, die sowohl BRD als auch DDR lange genug betrieben haben.

Wirtschaftsentwicklung, Solidarität und soziale Gerechtigkeit

Durch die überstürzte DM-Einführung, eine unfähige Wirtschaftspolitik beider Regierungen und die Mitwirkung korrupter Kreise der alten SED-Wirtschaftsbürokratie wird ein Schaden in Milliardenhöhe und der Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft herbeigeführt. Millionen bangen zu Recht um ihren Arbeitsplatz, während ehemalige SED-Funktionäre sich sichere und einflußreiche Posten gegenseitig zugeschanzt haben. Dieser nahtlose Übergang von Teilen der stalinistischen Bürokratie in Kapitalfunktionen ist möglich, weil er den Herrschenden der BRD bei der Durchsetzung der Profitwirtschaft in der bisherigen DDR nutzt und Vorrang vor allen moralischen Erwägungen hat. Alle Versprechungen auf Arbeitsplätze in einem neuen Mittelstand entpuppen sich als geplatze Seifenblase. DDR-Handwerks- und Mittelstandsentwicklung zeigen eher eine Abwärts- als eine Aufwärtsentwicklung.

Steigende Aggressionen und Ellbogenmentalität sind die teils hilflose, teils berechnete Reaktion breiter Teile der DDR-Bevölkerung auf Erwerbslosigkeit, allgemeine Teuerung, Wohnungsprobleme und das Wegbrechen der sozialen Grundsicherung. Ganz besonders betroffen von dieser Situation sind Frauen sowie ethnische, soziale und sexuelle Minderheiten. Auf sie entlädt sich die berechnete Wut, die aus den Folgen des Zusammenbruches des real existierenden Sozialismus und der Angst vor den Schattenseiten der Marktwirtschaft erwächst. Nicht der Kapitaleigner, der Hausbesitzer, die Regierung sind die Adressaten, sondern Schwache, Andersaussehende und Andersdenkende. Nationalismus, Rassismus und Gewalt gegen Frauen nehmen zu.

Genauso wie wir die massenhafte Armut in der Gesellschaft der BRD nicht als Preis für materiellen Wohlstand und profitierende Betriebe anerkennen, können wir nicht akzeptieren, daß die DDR das ausbeutbare Hinterland der BRD wird, daß Menschen in der DDR für erheblich weniger Geld arbeiten müssen, schlechtere Arbeitsplätze und Arbeitsrechte haben. Zur Durchsetzung ihrer Interessen bedarf es starker Vertretungen der ArbeitnehmerInnen und wirksamer Maßnahmen der Wirtschaftsförderung.

Die Bekämpfung der Armut in der BRD und die Bewältigung der heraufziehenden sozialen Krise in der DDR müssen zu einer wichtigen Aufgabe der gesamtdeutschen Regierung und des gesamtdeutschen Parlaments werden. Wir fordern die künftige Finanz- und Wirtschaftspolitik so auszurichten, daß alle finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen dem Abbau des regionalen Wirtschaftsgefälles in Industrie und Landwirtschaft in einem vereinten Deutschland dienen.

Wir setzen uns ein für:

- Finanzhilfen zur Umstrukturierung der DDR-Wirtschaft sowie zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, zur Umschulung und Qualifizierung von ArbeitnehmerInnen und UnternehmerInnen, zur Instandsetzung und zum Neubau von Wohnungen;
- die weitgehende Streichung der Schulden der DDR-Betriebe; die verbleibenden Restschulden sollen differenziert umbewertet und ihre Tilgung sinnvoll terminiert werden;

- eine klare Abgrenzung, welcher Anteil der volkseigenen Betriebe durch Veräußerung zur Finanzierung der aus der Währungsunion entstehenden Kosten (Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe, Investitionshilfen und zeitlich begrenzte Subventionen) zur Verfügung stehen soll;
- Grund, Boden und volkseigene Wohnungen in der DDR sollen nicht in den Verkauf zur Strukturanpassung und Haushaltssanierung einbezogen werden;
- zur breiten Vermögensstreuung sollen alle BürgerInnen der DDR einklagbare Anteilsrechte am Volkseigentum der DDR erhalten; Belegschaften erhalten durch besondere Anteilsrechte die Möglichkeit, Eigentum an ihren Betrieben zu erwerben und so demokratische Mitbestimmungsmodelle zu verwirklichen;
- um der absehbaren sozialen Notlage vieler Menschen, insbesondere von Frauen, zu begegnen, ist die Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung und einer dynamisch angepaßten Mindestrente erforderlich;
- es sind vielfältige sozial und ökologisch sinnvolle Arbeitsförderungsmaßnahmen, Umschulungs- sowie Bildungsangebote zu schaffen, die Frauen und Männern in gleicher Weise zugänglich sein müssen (Quotierung). Frauen werden eher und länger arbeitslos sein als Männer. Für alleinerziehende Mütter und Väter und ihre Kinder bedeutet das existentielle Not. Wir fordern daher einen besonderen Kündigungsschutz und Vorrang bei Arbeitsvermittlung und Umschulung für Alleinerziehende. Darüber hinaus bedarf es einer generellen Frauenförderung in der Ausbildung und Qualifizierung. Ein bedarfsdeckendes und vielfältiges Angebot an Kinderkrippen und Kindergärten zu erschwinglichen Gebühren muß selbstverständlich sein;
- die fortschrittliche Gesetzgebung der DDR bezogen auf die Pflege kranker Kinder (Elternpflegeurlaub bis 8 Wochen) soll für das gesamte Bundesgebiet übernommen werden;
- eine Dezentralisierung der Energieerzeugung und Stromverteilung und gegen den Stromvertrag mit den westdeutschen Energiekonzernen. Dieser Vertrag widerspricht der Kommunalverfassung und dem Kommunalvermögensgesetz der DDR;
- die sofortige und völlige Ausdehnung des Länderfinanzausgleichs auf die DDR-Länder;
- eine Umsatzsteuerverteilung, die die DDR-Länder nicht benachteiligt, wie im Einigungsvertrag vorgesehen. Die DDR-Länder haben sofort ihren Anteil entsprechend ihrer Einwohnerzahl zu erhalten (und nicht erst 1994, wie im Einigungsvertrag vorgesehen);
- das Verwaltungsvermögen der DDR soll entsprechend Art. 83 GG (Verwaltungshoheit) den neuen DDR-Bundesländern zufallen und nicht dem Bund;
- die DDR-Länder dürfen nicht ab 1993 für Verbindlichkeiten haftbar gemacht werden, die der Bund für die ehemalige DDR ohne Rücksprache mit deren Ländern eingeht;
- der fortbestehenden Strukturschwäche der DDR-Länder sollte auf gesamtdeutscher Ebene durch einen west-östlichen Lastenausgleich im Rahmen eines ökologisch-orientierten Strukturförderungsplanes begegnet werden; zur Finanzierung des bundesdeutschen Solidarbeitrages schlagen wir vor: deutliche Verringerung der Rüstungsausgaben, volle Besteuerung der Zinseinkünfte mittels Kontrollmitteilungen, Solidarabgabe für Bezieher höherer Einkommen (deutlich über dem Durchschnittseinkommen), wachstumsbedingte Steuermehreinnahmen des Bundes und ein Teil des Bundesbankgewinnes, Kosteneinsparungen durch die Überwindung der deutschen Teilung, Verzicht auf die die Unternehmen begünstigende Novellierung der Unternehmensbesteuerung;
- Übernahme des fortschrittlichen Arbeitsförderungsgesetzes der DDR für ganz Deutschland;
- Förderung des genossenschaftlichen Sektors der Wirtschaft und besonders in der Landwirtschaft. Anreize für den Übergang zum biologischen Anbau;
- Unterstützung für alternative und selbstverwaltete Unternehmen besonders im kommunalen Bereich.

Für eine solidarische und gerechte Weltwirtschaftsordnung

Die ökonomische und soziale Kluft zwischen den Ländern des Nordens und denen des Südens vergrößert sich in dramatischer Weise. In erster Linie verursacht durch eine ungerechte Weltwirtschaftsordnung, deren Ausdruck vor allem die hohe Verschuldung der Länder der sogenannten Dritten Welt ist. Ökonomische Abhängigkeit und Unterentwicklung sind das Ergebnis der Ausbeutung dieser Länder durch das internationale Kapital in Form der multinationalen Großkonzerne und seiner entwicklungspolitischen Instrumentarien (Weltbank, IWF). „Unterentwicklung“ wird zum globalen, existentiellen Problem der Menschheit.

Nur die Vorherrschaft demokratischer Politik in entsprechenden internationalen Institutionen sichert die demokratische und gleichberechtigte Stellung der ökonomisch schwächeren Länder in Ostmitteleuropa und insbesondere der „Dritten Welt“ (ein Land - eine Stimme). Wenn Armut und Hunger insbesondere in der „Dritten Welt“ eingedämmt werden sollen, muß der Irrsinn beendet werden, daß diese Länder uns mehr an Waren und Kapital (Zinsen, Tilgung und Kapitalrückflüsse) liefern, als sie von uns bekommen.

Die Lasten für ein gesundes Weltklima und für die Armutsbekämpfung müssen nach dem Verursacherprinzip die reichen Industriestaaten des Nordens tragen.

Wir setzen uns ein für:

- die Einberufung einer internationalen Entschuldungskonferenz (Nord-Süd, Ost-West);
- einen internationalen Entwicklungsfonds, dessen vornehmste Aufgabe ein ökologisches Umbauprogramm ist;
- die Verwirklichung der UN-Menschenrechtskonventionen (liberale und soziale Menschenrechte).

Demokratie und Emanzipation

Die Struktur der repräsentativen Demokratie und die Emanzipation der Bürgerinnen sind in offenem Widerspruch zueinander geraten. Wie die Geschichte der Umwelt-, Friedens- und Frauenbewegungen in der BRD und die Erfahrungen der Gruppen des Umbruchs in der DDR beweisen, sind die etablierten Volksparteien durch ihre festgefahrenen Strukturen und die damit verbundenen machtpolitischen Kämpfe nicht in der Lage, die konkreten Interessen der Bürgerinnen wirksam und demokratisch zu vertreten. Neben den traditionellen sozialen Konflikten werden sich zukünftig die Interessengegensätze zwischen Regionen verschärfen. Nur eine Demokratie von unten, eine Basisdemokratie, die sich dezentral organisiert kann die Lebens- und Überlebensprobleme der Betroffenen lösen.

Wir, die BürgerInnenbewegungen und die GRÜNEN in der DDR und der BRD treten gemeinsam dafür ein, daß im zukünftigen gesamtdeutschen Staat allen Bürgerinnen ein demokratisch verbrieftes Recht zur aktiven Einmischung und Mitbestimmung bei allen Entscheidungen auf allen Ebenen garantiert ist.

Wir treten dafür ein, daß eine neue gesamtdeutsche Verfassung - ausgehend vom Grundgesetz der BRD und vom Verfassungsentwurf des Runden Tisches der DDR - erarbeitet, öffentlich diskutiert und durch einen Volksentscheid in Kraft gesetzt wird.

Wir treten dafür ein, daß der offene Dialog als einzige demokratische Form der politischen Auseinandersetzung anerkannt und die geheime und undemokratische Tätigkeit jedweder politischen Polizei sowie des Verfassungsschutzes unterbunden wird.

Wir treten dafür ein, daß das Erbe vierzigjähriger politischer Diktatur in der DDR konsequent aufgearbeitet wird, die Opfer moralische und materielle Entschädigung erfahren und die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir treten dafür ein, daß Bürgerbegehren, Volksentscheide und demokratische Foren zur Willensbildung und Entscheidungsvorbereitung sowie eine Dezentralisierung der Entscheidungsebenen grundrechtlich verankert werden.

Wir treten dafür ein, daß Frauen und Männer in allen Bereichen ihrer Lebens- und Arbeitswelt sowie auf allen Ebenen der politischen Entscheidungsfindung durch Gesetze, die den Staat und die Gesellschaft verpflichten, tatsächlich gleiche Gestaltungsmöglichkeiten haben.

Wir fordern für alle Länder des geeinten Deutschland ein von der öffentlichen Hand gestütztes vielfältiges Bildungswesen und Kulturangebot mit dem Ziel, selbständiges kritisches Denken, Kreativität und humanistische Lebenshaltungen zu fördern.

Wir fordern die Umgestaltung der gesamtdeutschen Medienlandschaft mit der schnellstmöglichen Einrichtung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und dessen verfassungsgemäßer Bestands- und Entwicklungsgarantie auf dem Gebiet der ehemaligen DDR.

Wir setzen uns ein für:

- eine streng föderativ strukturierte, dem Kulturauftrag und den Rechten von Minderheiten verpflichtete öffentlich-rechtliche Rundfunkneuordnung;
- die konsequente Anwendung des Kartellrechts v.a. auf dem Pressemarkt und gegen Monopolbildung;
- neue, alternative, v.a. nichtkommerzielle Produktions-, Sende- und Kommunikationsformen.

Wir treten dafür ein, daß im zukünftigen deutschen Staat allen Bürgerinnen die zum allgemeinen Menschenrecht gehörenden Grundrechte auf Arbeit, Wohnung, Bildung und medizinische Betreuung garantiert werden. Zur emanzipatorischen Demokratie gehört die Akzeptanz und rechtliche Gleichstellung unterschiedlicher Nationalitäten in einem Land. Demokratische Kultur umfaßt danach kulturelle und ethnische Vielfalt und begreift diese als Chance, voneinander zu lernen, nicht als Bedrohung der eigenen Identität. Zur emanzipatorischen Demokratie gehört auch die Akzeptanz und rechtliche Gleichstellung von

Schwulen und Lesben in ihren Lebensformen. Das schließt die Forderung nach Streichung des bundesdeutschen §. 175 ein.

DIE GRÜNEN/BÜNDNIS 90 fordern ein Ende der Abschreckungspolitik gegenüber Flüchtlingen und die uneingeschränkte Anwendung der Charta der Menschenrechte und des grundgesetzlich garantierten Rechts auf Asyl!

Fremdenfeindlichen, rassistischen Stimmungsparolen und Versuchen, das Asylrecht zu verschärfen, setzen DIE GRÜNEN/BÜNDNIS 90 ein aktives Konzept der Gleichberechtigung entgegen. Wir betrachten die zukünftige deutsche Republik auf Grund der bereits in den fünfziger Jahren in der BRD begonnenen und über Jahre hinweg verfolgten Politik der Anwerbung nicht-deutscher Arbeitskräfte als de facto Einwanderungsland. Die hier lebenden Einwandererinnen und Flüchtlinge sind integraler Bestandteil unserer Gesellschaft.

DIE GRÜNEN/BÜNDNIS 90 fordern volle Bürgerrechte und Entfaltungschancen für alle Menschen, deren Lebensmittelpunkt in der BRD und der DDR liegt. Ebenso wie in Frankreich, Großbritannien und anderen Ländern sollte das Jus Solis eingeführt werden: Jedes auf deutschem Territorium geborene Kind - egal welcher Herkunft seine Eltern auch immer sind - hat ein Bleiberecht und die Möglichkeit, sich für die deutsche Staatsbürgerschaft zu entscheiden.

Emanzipation und Selbstbestimmungsrecht der Frau

Wir leben in einer Gesellschaft, die durch das Herrschaftsverhältnis von Männern gegenüber Frauen geprägt ist. Diese Hierarchie benachteiligt Frauen auf allen Ebenen gegenüber Männern. Die bestehende Rollenverteilung läßt Frauen in Beruf, Familie, Politik und Öffentlichkeit eine minderbezahlte und minderbewertete Position einnehmen. Die meisten Frauen leben in permanenter psychischer und physischer Überanstrengung durch Doppel- und Dreifachbelastung oder werden als Manövriermasse auf dem Arbeitsmarkt phasenweise ganz an Heim und Herd verwiesen.

Bisher ökonomisch weitgehend unabhängig, sehen sich nun auch Frauen aus der DDR in zunehmendem Masse mit weiblicher Armut konfrontiert. Männliche Gewalt gegen Frauen und Mädchen - bisher in der DDR völlig tabuisiert - nimmt durch die soziale Verunsicherung zu.

Die neue Frauenbewegung hat in den letzten zwanzig Jahren in der BRD die Diskriminierung von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen zum öffentlichen Thema gemacht und weitreichende Forderungen und Alternativen dazu entwickelt. An der friedlichen Revolution in der DDR waren Frauen und Frauengruppen in gleichem Masse beteiligt wie Männer. Sie haben dabei die Forderung nach wirklicher Emanzipation der Geschlechter auf die Tagesordnung gesetzt.

Unser Anspruch besteht darin, die Bedingungen dahingehend zu verändern, daß Frauen ihr Recht auf selbstgewählte individuelle Entwicklung wahrnehmen können - was den Abbau einengender Rollenzuschreibungen für Frauen und Männer notwendig einschließt.

Wir treten dafür ein - und praktizieren dies auch in den eigenen Reihen - daß Frauen und Männer alle Bereiche von Gesellschaft und Politik gleichermaßen gestalten. Damit streben wir eine grundsätzliche gesellschaftliche Veränderung an. Sowohl in der BRD als auch in der DDR wurden konkrete Vorschläge dazu erarbeitet. Mit Maßnahmen wie der Quotierung, Arbeitszeitverkürzung und Freistellungsansprüchen für Erziehende wollen wir den gleichen Zugang für Frauen und Männer zu bezahlter Erwerbsarbeit und die gleiche Verantwortlichkeit für Männer und Frauen für Haus- und Familienarbeit erreichen. Dazu ist unter anderem notwendig, daß Förderprogramme und Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen realisiert werden und daß die geschlechtsspezifische Ausbildungs- und Berufsausrichtung abgebaut wird. Ein öffentlich gefördertes bedarfsdeckendes und vielfältiges Netz von Kinderbetreuungsangeboten muß selbstverständlich sein.

Männliche Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist als Strukturproblem patriarchaler Gesellschaft von Frauen öffentlich gemacht worden. Es gilt, gewaltbegünstigende Verhältnisse und Lebensbedingungen - angefangen von Stadtplanung, Architektur, Verkehrspolitik über pädagogische Konzepte bis zur Vermarktung des weiblichen Körpers in der Werbung abzubauen. Für die Folgen männlicher Gewalt muß neben dem Täter (strafrechtlich) auch die Gesellschaft Verantwortung übernehmen und Selbsthilfeeinrichtungen für Frauen und Mädchen finanzieren. Vergewaltigung in der Ehe darf nicht straffrei bleiben.

Die Ehe soll nicht länger als einzige Lebensform staatlich begünstigt werden. Wir setzen uns für die gleichberechtigte Anerkennung aller Lebensformen unabhängig von der sexuellen Orientierung ein, die niemandes Selbstbestimmungsrecht verletzen.

Wir stehen für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen, das wir auch in einer neuen gesamtdeutschen Verfassung verankert sehen wollen. Wir lehnen strafrechtliche Sanktionen im Zusammenhang mit Abtreibungen ab und treten für die ersatzlose Streichung des bundesdeutschen § 218 ein. Bei der Vereinigung der beiden deutschen Staaten darf es keine Regelung geben, die hinter die derzeitigen Regelungen in der DDR. Fristenlösung ohne Zwangsberatung - zurückfällt. Wir wollen ein gesamtdeutsches Frauenvotum zur Frage des Schwangerschaftsabbruches.

Unser Ziel ist die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft. Die Quotierung erachten wir als unerläßliches Instrument, um dieses Ziel zu erreichen.